

TOP 3.6.7 IFES-SORA-Studie im Auftrag der AK Wien (Abt AMI) über individuelle Auswirkungen von Arbeitslosigkeit

Abteilung Arbeitsmarkt und Integration (Josef Wallner)

1. Beschreibung der Problematik

Arbeitslosigkeit wird fast nur aus makroökonomischer Sicht kommentiert und problematisiert. Die individuelle Perspektive der Betroffenen wird idR ziemlich konsequent ausgeblendet, ganz so als ob diese keine Rolle spielte oder ein uneingestandenes Tabu wäre. Die Mehrheit der AN ist (vorläufig) weiterhin in einem relativ stabilen Arbeitsmarktsegment beschäftigt (öffentlicher Dienst, „geschützte“ Sektoren und als – wenn auch schrumpfende - Stammbeschafteten von Großbetrieben). Die Realität jenes wachsenden Teils der Beschäftigten der laufend instabil beschäftigt ist (900.000 jährlich von Arbeitslosigkeit Betroffene, um über 100.000 mehr als noch im Jahr 2000, va aus Leiharbeit, wachsende Randbeschafteten von Großbetrieben, AN ab 50 die ungeachtet ihrer Vorkarriere und Ausbildung altersbedingt keine Chance erhalten, Wiedereinsteigerinnen die nach der Babypause oft erst nach Längerem und zu dequalifiziertem Status wieder in Arbeit kommen usw) bleibt zumeist ausgeblendet. Ihre Situation wird idR in Verkennung der längerfristigen Arbeitsmarkttrends - nicht immer offen aber doch - als „irgendwie“ selbstverschuldet angenommen. Folgerichtig gibt es auch nur geringen politischen Druck, die materielle Situation Arbeitsloser/instabil Beschäftigter zu verbessern. Aus diesem Grund wurde von der AK Wien erstmals eine Studie beauftragt, in der 500 Personen, die in den letzten 12 Monaten wenigstens einmal von Arbeitslosigkeit betroffen waren, über die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit und ihre individuellen Strategien zur Bewältigung dieser Situation befragt wurden. Die Umfrage ist für Wiener AK-Mitglieder im Befragungszeitraum als repräsentativ anzusehen. Die Ergebnisse sind in hohem Maße plausibel und valide und werden durch die verfügbaren Administrativdaten gestützt. Die Studie wurde von IFES und SORA gemeinsam durchgeführt und am 01.04.2014 in einer Veranstaltung der AK Wien öffentlich vorgestellt.

2. Wichtigste Aussagen der Studie

Arbeitslosigkeit ist kein Randgruppenphänomen mehr und bringt oft auch ehemalige „Gutverdiener“ in materielle Notlage

Die Annahme, von Arbeitslosigkeit wären in erster Linie Randgruppen betroffen, bestätigt sich in der vorliegenden Studie nicht. Die soziodemografische Verteilung in der Struktur der Erwerbslosen in Wien zeigt klar, **dass die Arbeitslosigkeit neben den bekannten Risikogruppen (Männer, Niedrigqualifizierte, MigrantInnen) mittlerweile auch stärker jene Schichten betrifft, die traditionell ein niedrigeres Arbeitslosigkeitsrisiko aufwiesen.** Vor allem der hohe Anteil von insgesamt 43% Personen mit Matura oder Studienabschluss zeigt, dass die Dynamik auf dem Wiener Arbeitsmarkt mittlerweile auch jene Branchen und Berufe erreicht hat, die bisher als krisenresistent galten. Das führt zum Schluss, dass Arbeitslosigkeit längst kein Randphänomen mehr darstellt, sondern unter Zunahme von brüchigen Erwerbsbiographien und atypischen bis prekären Beschäftigungsverhältnissen auch jene betreffen kann, die im öffentlichen Diskurs eher selten mit Arbeitslosigkeit assoziiert werden.

Instabile Erwerbskarrieren erhöhen das Arbeitslosigkeits-Risiko

Ein Großteil der Befragten gibt an, in den letzten fünf Jahren eines oder mehrere unselbständige Beschäftigungsverhältnisse gehabt zu haben (74%). Auffallend dabei: Nur rund ein Drittel der Befragten (32%) stand in den letzten fünf Jahren in Normalarbeitsverhältnissen, d.h. Vollzeit und *ausschließlich* unbefristet beschäftigt. Um 10 Prozentpunkte mehr (42%) waren überwiegend in anderen, d.h. atypischen, Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Von den restlichen Personen sagt die Mehrheit, dass sie in den letzten fünf Jahren gar keiner Beschäftigung nachgegangen sind (22%). **Dass die größte Gruppe der im Zuge der Studie befragten Wiener Arbeitslosen in den letzten fünf Jahren vorwiegend atypisch beschäftigt war, belegt das höhere Risiko für diese Gruppe, aus einer atypischen Beschäftigung heraus in den Arbeitslosenstatus zu wechseln.**

Arbeitslosigkeit ist zumeist unfreiwillig – nur 10% kündigen selbst

Fast die Hälfte der Befragten gibt an, dass das letzte Dienstverhältnis durch eine einvernehmliche Kündigung beendet wurde (46%), etwas mehr als ein Viertel wurde durch den Arbeitgeber gekündigt (28%), jede/r sechste gibt an, dass das letzte Dienstverhältnis durch Fristablauf beendet wurde. Nur jede/r Zehnte hat selbst gekündigt. Die Arbeitslosigkeit, um die es in der Befragung ging, war also nur in 10% der Fälle selbst initiiert, bei 9 von 10 spielten externe Faktoren eine Auslöserrolle. Erfahrungsgemäß gehen nämlich auch einvernehmliche Lösungen des Dienstverhältnisses zumeist nicht von den Arbeitnehmer/innen aus, sondern sind de facto Arbeitgeber-Kündigungen. **Nur in den seltensten Fällen ist die Arbeitslosigkeit somit auf den Wunsch der Personen selbst zurückzuführen, 9 von 10 Arbeitslosen mussten unfreiwillig den Beruf niederlegen.**

Reduzierte Einkommensquellen und starke Einkommensverluste

Das Einkommen während der Erwerbslosigkeit reduziert sich zumeist auf das Arbeitslosengeld und – mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit – auf die Notstandshilfe. 61% haben Arbeitslosengeld bezogen, etwas mehr als ein Drittel der Befragten gibt an, während der Arbeitslosigkeit Notstandshilfe zu beziehen bzw. bezogen zu haben. Rund die Hälfte bezieht keine weiteren Beihilfen oder Sozialleistungen. Das widerspricht der häufigen medialen Darstellung von Arbeitslosen als Beihilfenempfänger, die eine Reihe an Sozialleistungen beziehen und sich so ihr Leben finanzieren („soziale Hängematte“). **Der Einkommensverlust durch die Erwerbslosigkeit beträgt im Durchschnitt 44%.**

Wenig Kompensationsmöglichkeiten für Einkommensverluste

Die häufigste private Geldquelle zur zumindest teilweisen Kompensation der Einkommensverluste im Zuge der Arbeitslosigkeit sind – wie zu erwarten – eigene Ersparnisse. Darauf konnte aber nur knapp jede/r Zweite (49%) zurückgreifen, der Rest musste auf andere Geldquellen ausweichen. Neben den eigenen Ersparnissen sind die wichtigsten Geldquellen das Partnereinkommen (29%) sowie finanzielle Zuwendungen aus dem Familienkreis (27%) oder private Geldausleihen (17%). Privates Einkommen während der Arbeitslosigkeit kann aber auch – zu marginalen Anteilen - aus geringfügigen Beschäftigungen (16%) oder Gelegenheitsjobs (10%) resultieren. 19% der Arbeitslosen nutzten den Überziehungsrahmen ihres Bankkontos, um ihre Kosten zu decken, einen Kredit konnten nur 5% bei ihrer Bank aufnehmen. Verkäufe oder Belehnungen von Wertgegenständen oder Schmuck wurden seltener getätigt, ebenso Vermietungen oder Verpachtungen. Über ein Drittel der Befragten (36%) gibt an, sich privat Geld ausgeliehen zu haben und/oder finanzielle Zuwendungen von Eltern, Verwandten

oder sonstigen Personen erhalten zu haben. Für knapp die Hälfte dieser Personen war die Annahme des Geldes mit einer großen Überwindung verbunden.

Einsparungen reichen zur Deckung der Lebenskosten oft nicht

Neun von zehn Befragten geben an, dass sich ihre monatlichen Haushaltsausgaben während der Arbeitslosigkeit reduziert hätten. Im Durchschnitt machen diese Einsparungen ein Viertel des ursprünglichen Nettoeinkommens aus. Bei lang dauernder Arbeitslosigkeit steigt dieser Einsparungsanteil auf ein Drittel. Um die laufenden Kosten abdecken zu können, wird vor allem bei Kleidung, Unterhaltung, Urlaub, aber auch bei Lebensmitteln gespart. Weiters greift man verstärkt zu Schnäppchen, Sonderangeboten und Billigprodukten. Trotz zum Teil massiver Einsparungen reichen bei 44 Prozent die Einnahmen nicht, um die laufenden Haushaltsausgaben zu decken. So kommt es bei jeweils 10 bis 14 Prozent der Befragten vor, dass es entweder bei Telefon-, Betriebs- oder Mietkosten oder auch bei Bankzahlungen zu einem Zahlungsverzug mit entsprechenden Folgen kommt. Dass die Sozialleistungen nicht zur Deckung der Lebensalltagskosten ausgereicht haben, geben mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit immer mehr Befragte an. Schon innerhalb der ersten sechs Monate sagen 43%, dass ihr gesamtes Einkommen während der Arbeitslosigkeit nicht ausgereicht hätte, unter Befragten die länger als sechs Monate arbeitslos sind/waren sind es mehr als die Hälfte (51%). **Die finanziellen Einbußen durch die Arbeitslosigkeit haben für 37 Prozent der Betroffenen und deren Haushalte insgesamt „ein sehr großes Problem“ dargestellt, bei jenen mit einer Dauer der Beschäftigungslosigkeiten von mehr als 25 Wochen steigt der entsprechende Anteil auf 63 Prozent.**

Von Arbeitslosigkeit sind auch Dritte (Kinder, Angehörige) gravierend betroffen

Gerade auf persönlicher Ebene hat Arbeitslosigkeit oft gravierende Konsequenzen, die über die rein materiellen Einschränkungen weit hinausgehen. Darunter fallen zB Auswirkungen auf private Bereiche wie die Freizeitgestaltung, die sozialen Kontakte oder die Beziehung zur Familie, aber auch negative Effekte auf die beruflichen Chancen oder die gesundheitliche Situation werden von Arbeitslosen immer wieder angeführt. Insgesamt berichten sieben von zehn Befragten von negativen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit in zumindest einem von acht abgefragten Bereichen. Jede/r Dritte gibt an, in vier oder mehr Bereichen negative Auswirkungen zu spüren bzw. gespürt zu haben. **Es sind vor allem ältere Frauen über 40, die ihrer Arbeitslosigkeit deutlich negativere Auswirkungen zuschreiben, und zwar sowohl wenn es um ganz allgemein negative Auswirkungen auf das Leben als auch um konkrete negative Folgen für die Freizeitgestaltung, die Gesundheit und die beruflichen Chancen geht.** Auch von Auswirkungen auf das gesundheitliche Wohlbefinden berichten Frauen (39%) deutlich öfter als Männer (28%).

Wenn im Haushalt der befragten Arbeitslosen auch Kinder leben, so sind auch diese von den negativen Auswirkungen durch die zunehmende Armutsgefährdung z.T. massiv betroffen. Bei mehr als einem Kind im Haushalt befürchten für diese 35 Prozent negative Auswirkungen, Frauen sind diesbezüglich wesentlich sensibilisierter als Männer. Die Folgen für Kinder können etwa sein, dass sie an Schulaktivitäten nicht teilnehmen können, dass die notwendige Nachhilfe gestrichen wird, oder dass sie überhaupt in eine erschwinglichere Schule wechseln müssen.